

Öl, Lager und Sklaven

21.11.2017

BERLIN/TRIPOLIS (Eigener Bericht) - Im Windschatten der EU-Flüchtlingsabwehr b in Libyen Sklavenhandel mit Migranten aus. Kürzlich publizierte Videoaufnahmen dokumentieren, wie Flüchtlinge aus Nigeria in dem nordafrikanischen Land etwa als "starke Jungen für die Feldarbeit" angepriesen und versteigert werden. Von verheerenden Zuständen in libyschen Flüchtlingslagern berichten UN-Mitarbeiter; wie der UN-Menschenrechtskommissar Zeid Raad al Hussein schildert, vegetieren dort "tausende ausgezehnte und traumatisierte Männer, Frauen und Kinder" ohne ausreichend Nahrung dahin, werden bedroht, geschlagen und vergewaltigt. Die von der EU geförderte libysche Küstenwache liefert Migranten, die sie auf Druck Berlins und Brüssels auf dem Mittelmeer aufgreift, in die erwähnten Lager ein. Jenseits der Flüchtlingsabwehr dient Libyen der Bundesrepublik insbesondere als Erdöllieferant. Derzeit tobt ein Streit zwischen dem deutschen Konzern Wintershall und libyschen Stellen: Wintershall will die von dieser geforderten Abgaben auf die Erdölförderung nicht bezahlen.

Sonderbedingungen

Die Auseinandersetzungen zwischen Libyens National Oil Company (NOC) und dem deutschen Konzern dauern schon seit längerer Zeit an. Im Kern geht es dabei um die Frage, zu welchen Konditionen die Kasseler BASF-Tochtergesellschaft in Libyen Erdöl fördern darf. Wintershall beklagt, die NOC fordere Abgaben, die den geltenden vertraglichen Vereinbarungen nicht entsprächen.[1] NOC-Chef Mustafa Sanalla erklärt, das deutsche Unternehmen bestehe auf Sonderbedingungen, die auf eine Vereinbarung aus dem Jahr 1956 zurückgingen. Damals regierte im Land König Idris al Senussi, der als willfähriger Parteigänger der westlichen Staaten galt. Sanalla erklärt weiter, im Jahr 2010 habe Wintershall, um die Verlängerung seiner Konzessionen zu erhalten, einen Verzicht auf die Sonderbedingungen und eine Anpassung an finanzielle Verpflichtungen, wie sie für alle anderen in Libyen tätigen Erdölfirmen gelten, zugestimmt.[2] Wintershall streitet dies ab. Die Auseinandersetzungen sind bis heute nicht beigelegt. NOC-Chef Sanalla, der in britischen Medien als entschlossener Kämpfer für den Wiederaufbau der libyschen Ölindustrie beschrieben wird [3], hat im Juni erreicht, dass die NOC einen größeren Anteil von Wintershall geförderten Öls in ihre Kassen verkaufen darf. Strittig ist allerdings, ob dieser Teil der libyschen Institution zusteht oder ob Wintershall ihn gewissermaßen als künftig von Libyen zurückzuzahlenden Kredit verbuchen darf.[4]

Proteste

Seit Ende Oktober eskalieren die Auseinandersetzungen erneut. Auslöser waren Proteste in der libyschen Stadt Jakharra, die nahe dem von Wintershall ausgebeuteten Erdölfeld Al Sarah liegt. Einwohner der Stadt demonstrierten zunächst vor einem lokalen Wintershall-Büro, weil sie ihre Interessen von dem Konzern nicht berücksichtigt sahen.[5] Ihre Forderung, neue Arbeitsplätze zu schaffen, werde nach wie vor hart

ignoriert, hieß es; zugleich nehme die Verschmutzung der Region durch das Abfackeln von Erdgas lokale Bevölkerung ziehe keinerlei Nutzen aus der Anwesenheit der Ölindustrie.[6] Wintershall hat Proteste mit einer Einstellung der Erdölförderung auf dem Al Sarah-Feld reagiert. Dies wiederum NOC-Chef Sanalla beklagt, zu Millionenverlusten für den libyschen Staat. Inzwischen fordern örtliche Würdenträger aus Jakharra, Wintershall die Konzession zu entziehen.[7] Zudem verlangen sie Fördermaßnahmen für ihre Stadt und für die Region Cyrenaika, zu der Jakharra gehört. Ihr Protest: einigen Tagen von Honoratioren aus der gesamten Cyrenaika unterstützt; seine Ausweitung inkl. Blockade weiterer Ölfelder wird nicht ausgeschlossen.

Ausgepeitscht und geschlagen

Während Wintershall um möglichst profitable Förderbedingungen im kriegszerstörten Libyen kämpfen werden erneut schwere Vorwürfe gegen libysche Helfershelfer der deutsch-europäischen Flüchtlinge laut - gegen die sogenannte Küstenwache und gegen libysche Lagerbetreiber. Die Vorwürfe gegen die Küstenwache beziehen sich aktuell vor allem auf eine Tragödie, die sich am 6. November rund 300 nördlich von Tripolis ereignete, als sich ein Schiff der Hilfsorganisation Sea Watch einem in See geratenen Flüchtlingsboot näherte. Im erkennbaren Bemühen, dem Rettungsschiff zuvorzukommen, kam ein Küstenwachtschiff herbei, wobei es das Flüchtlingsboot beinahe überfuhr. Sea Watch hat mit Videos dokumentiert, wie Küstenwächter Flüchtlinge, die sich an Bord retten konnten, auspeitscht und geschlagen; einige wurden dadurch wieder von Bord getrieben. Ihr mitgeführtes Rettungsboot, mit dem Meer gefallene Flüchtlinge hätten aufgenommen werden können, setzten die Küstenwächter nicht. Sea Watch-Rettungsboote bewarfen sie mit Kartoffeln.[8] Laut Sea Watch ertranken aufgrund des geübten Vorgehens der Küstenwache nachweislich fünf Flüchtlinge. Polizeiberichten zufolge kamen mitunter sogar bis zu 50 Menschen zu Tode.[9] Wenige Tage nach Bekanntwerden der Tragödie hieß es bei den Diplomaten in Brüssel, die EU werde ihre Unterstützung für die libysche Küstenwache in Zukunft ausweiten.[10] Außenminister Sigmar Gabriel erklärte am vergangenen Mittwoch wörtlich, dazu "keine Alternative".[11]

Unvorstellbare Schrecken

Schwere Vorwürfe werden zum wiederholten Male auch gegen libysche Lagerbetreiber laut. In den Lagern werden Flüchtlinge festgehalten, die entweder noch an Land von libyschen Milizen oder auf See von der Küstenwache aufgegriffen werden. Dies geschieht in voller Kenntnis Berlins und der EU, die zudringlich dringen, möglichst viele Flüchtlinge durch die Küstenwache nach Libyen zurückbringen oder sie dort erst in See stechen zu lassen. Dazu haben EU-Staaten zumindest zeitweise auch mit berüchtigten libyschen Milizen kooperiert (german-foreign-policy.com berichtete [12]). Nach Angaben libyscher Stellen ist die Anzahl der Flüchtlinge, die in Lagern festgehalten werden, von 7.000 im September auf 19.900 am 6. November in die Höhe geschneilt. Nach einem Besuch von UN-Mitarbeitern in insgesamt vier Internierungslagern für Flüchtlinge in Tripolis berichtete UN-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad Hussein, dort seien "tausende ausgezehrt und traumatisierte Männer, Frauen und Kinder übereinandergestapelt" gewesen, "in Hangars ohne Zugang zu lebensnotwendigen Dingen eingesperrt, sie müssten über Monate ohne Dusche, ohne genug Nahrung überleben, sie würden bedroht, geprügelt und vergewaltigt.[13] Ihr Leiden sei ein "Frevel gegen das Gewissen der Menschheit". Dabei hätten "zunehmenden Interventionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten" nicht nur "nichts getan", um die katastrophale Lage der Migranten zu verbessern - im Gegenteil: Deren Lebenssituation lasse sich

schnelle Verschlechterung" erkennen. "Die internationale Gemeinschaft", fordert Hussein, "kann unvorstellbaren Schrecken nicht einfach ignorieren, die Migranten in Libyen erleiden".

Menschenhändler

Weit davon entfernt, Konsequenzen zu ziehen, setzen Berlin und Brüssel ihren Kurs ungerührt fort, ändern auch jüngste Berichte nichts, denen zufolge Flüchtlinge in Libyen mittlerweile auf Sklaverie feilgeboten werden. Letzte Woche sind Videoaufnahmen veröffentlicht worden, die zeigen, wie Menschen in Libyen verkauft werden - angepriesen beispielsweise als "Feldarbeiter", als "große, starke Junger Landwirtschaft", versteigert an den Meistbietenden "für 500, 550, 600, 650", letztlich für 1.200 libysche Dinar - ungefähr 800 US-Dollar.[14] Anschließend übergeben die Sklavenhändler die soeben verkaufte Person umstandslos an ihre neuen "Besitzer". Selbst wenn sie entkommen können, wird ihre Chance zu Libyen täglich geringer - dank der Flüchtlingsabwehr Berlins und der EU.

Mehr zum Thema: [Europäische Werte](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/736) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/736>), [Europäische Werte \(II\)](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/5906/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/5906/>) und [Europa Hilfspolizisten](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7415/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7415/>).

[1] Simon Book: Tochter Wintershall macht Milliarden-Zugeständnis in Libyen. wiwo.de 11.08.2017.

[2] NOC cuts short-term deal with Wintershall as contractual dispute talks continue. libyaherald.com 13.06.2017.

[3] Anjli Raval: Libya's oil guardian coaxes ravaged industry into recovery. ft.com 13.11.2017.

[4] Simon Book: Tochter Wintershall macht Milliarden-Zugeständnis in Libyen. wiwo.de 11.08.2017.

[5] Jikharra protesters demand jobs and development projects. libyaobserver.ly 29.10.2017.

[6], [7] Eastern community leaders threaten to block oil production and exports. libyaherald.com 13.11.2017.

[8] Fotos und Videos sind auf sea-watch.org dokumentiert.

[9] Christian Jakob: Nicht 5, sondern 50 Tote. taz.de 10.11.2017.

[10] Christoph B. Schiltz: EU will Ausbildung der libyschen Küstenwache ausweiten. welt.de 12.11.2017.

[11] Unterstützung der libyschen Küstenwache. handelsblatt.com 15.11.2017.

[12] S. dazu [Europas Hilfspolizisten](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7415/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7415/>).

[13] UN human rights chief: Suffering of migrants in Libya outrage to conscience of humanity. ohchr.org 14.11.2017.

[14] Nima Elbagir, Raja Razek, Alex Platt, Bryony Jones: People for sale. edition.cnn.com 14.11.2017.





© German News Information GmbH

info@german-foreign-policy.com (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

